

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdener Druckerei: Nachrichten Dresden.
Verleger: Comm. Nr. 25 241.
Preis für Abnehmer: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Zubereitung monatlich M. 30.—, aber durch die Post bei täglich einmaliger Zubereitung monatlich M. 35.—.
Die 10p. Briefe 32 mal dreieckige M. 7.—, außerhalb Sachsens M. 8.—, Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 10p. Briefe 10.— und Beiträge die Seite M. 3.—, Verlagspreise laut Tarif. Anzeigen für den Vorabend-Blatt gegen Vorabbezahlung. Einzelpreis des Vorabendblattes M. 1.50.

Schreibweise und Hauptgeschäftsstelle:
Martenstraße 33/34.
Druck u. Verlag von E. G. & K. Schmidt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Abdruck nur mit beschrifteter Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unersuchte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Frankreichs Absichten auf das Ruhrgebiet.

Die Besetzung der Ruhrzone als Pfand.

(Sonder-Druckbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 4. Juli. Frankreich enthält immer mehr die Absichten, welche es mit der Fortdauer der Besetzung Düsseldorf und Ruhrorts verfolgt. Eine französische parlamentarische Kommission bereiste kürzlich die Rheinlande und das Ruhrgebiet. Der Führer der Abgeordneten, der Präsident der Kammerkommission für Finanzen, erstattete einen Bericht über die Besetzung der Ruhrzone. Die Besetzung der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort bedeutet in den Händen Frankreichs ein Pfand von herausragender Bedeutung für die Eintreibung der Summe, welche Deutschland zu zahlen habe. Wenn Frankreich auch nicht das ganze Ruhrgebiet besetzt habe, so beherrschte es doch schon einen großen industriellen Produktionszweig. Infolgedessen könnte nicht daran gedacht werden, dieses Pfand freizugeben, denn das Deutschland der großen Kohlenminen würde im Auslande stets Kredit finden. Heute könnte Frankreich das Deutschland der Produktion verkümmern. Es könnte ein Spannungsverhältnis zwischen Deutschland einerseits und den Alliierten andererseits zu einer dauernden Kontrolle der deutschen Produktion getroffen werden. Als Sicherheit müssten die deutschen Mineralien dienen.

Eine Konferenz zur Regelung der türkisch-griechischen Frage.

(Sonder-Druckbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 4. Juli. Im Saal d'Orsay hörte man gestern abend von dem Pläne einer neuen interalliierten Konferenz in Mailand, an der Poincaré, Schanzer und der englische Außenminister Balfour teilnehmen sollen. Diese Konferenz soll den Streit haben, direkte Friedensverträge zwischen der Türkei und Griechenland vorzubereiten. Sie wird erst stattfinden nach der Londoner Konferenz über die Fener-Frage.

Die Entente soll die Kohlenleistungen Deutschlands ermäßigen.

Der Antrag des preussischen Staatsministers will die Beschränkung sich demnach mit der Kohlenfrage Deutschlands befassen, da die Gefahr einer Kohlennot für den Winter besteht. Es soll bei der Entente der Antrag auf Ermäßigung der Kohlenlieferungen nach Verzicht des westlichsten Teiles von Oberschlesien gestellt werden.

Lord George über die Lage in Deutschland.

(Sonder-Druckbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
London, 4. Juli. Im Unterhause antwortete Lord George auf eine Anfrage, ob dem englischen Botschafter in Berlin Instruktionen gegeben worden sei, welche Forderung er einzunehmen habe in dem Falle, daß in Deutschland ein neuer politischer Umsturz stattfände dem Staatsrecht Nappes einträte, der geordnet sei, der Erziehung der Republik in Deutschland verhängnisvoll zu werden. Der Botschafter könne die Sicherheit haben, daß der englische Vertreter in Berlin in engen Meinungsanschlüssen mit dem englischen Auswärtigen Amt über alle Fragen steht, die die englische Regierung interessieren. Wenn eine reaktionäre Bewegung, die den Verpflichtungen Deutschlands an Grund des Versailler Vertrags feindlich gesinnt sei, Erfolg habe, dann würde eine neue Situation entstehen, und die alliierten Mächte könnten sich einer bestimmten Bewegung gegenüber nicht gleichgültig verhalten.

Der sozialistische Briefwechsel über die Erweiterung der Koalition.

Berlin, 4. Juli. Das Nachrichtenblatt der Berliner Arbeiterkassen veröffentlicht den Briefwechsel der beiden sozialistischen Parteien über den etwaigen Eintritt der U. S. P. in die Reichsregierung. Der Brief des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der von Hermann Müller gezeichnet ist, lautet folgendermaßen:

In Besprechung der Vertreter unseres Fraktionsvorstandes mit Vertretern eines Fraktionsvorstandes nach der Ermordung Rathenaus erklärten unsere Vertreter mehrfach, daß eine dauernde Niederhaltung der Wonaabsichten nur möglich sei, wenn in Deutschland eine neue republikanische Regierung gebildet werde. Eine Regierung, die, wie die bisherige, ohne feste Wehrarbeit ist und deshalb heute nach links, morgen nach rechts Anlauf nehmen muß, um ihre Vorlagen durchzubringen, wird die republikanischen Einrichtungen in Deutschland nie so stark fördern können, daß die Gegner der heutigen Staatsform ihre gewalttätigen Anarische auf die Republik als erfolgreich einstellen. Wenn nach der Ermordung Rathenaus nicht alle notwendigen Maßnahmen durchgeführt wurden, so zweifellos deshalb, weil wir eine neue republikanische Regierung nicht hatten. Eine solche zu bilden, ist unsere erste Pflicht. Wir stimmen darin mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde durchwegs überein. Wir fragen Euch deshalb, ob Ihr bei der neuen, durch die Ermordung Rathenaus geschaffenen Lage bereit seid, in das Kabinett Wirth einzutreten. Wir bitten um baldige Antwort und bemerken, daß unserer festen Überzeugung nach die Widerstände, die früher bei den anderen Koalitionsparteien vorhanden waren jetzt zu überwinden sind, wenn wir den Wunsch einer Erweiterung der Regierung nach links ansprechen.

Das Antwortschreiben der Zentralkommunisten der U. S. P. ist von Crispian gezeichnet und lautet:
In Beantwortung Ihres Briefes vom 1. d. M. teilen wir Ihnen mit: Angesichts der gegenwärtigen außerordentlichen Lage sind wir bereit, mit Ihrer Partei unter Ausbeutung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen über die Frage des Eintritts unserer Partei in die Reichsregierung zu verhandeln.

Wie das Nachrichtenblatt im Anschluß hieran mittelst, verhandelt am Montag-Nachmittag die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen und die beiden sozialistischen Parteien über den Eintritt der U. S. P. in die Reichsregierung. Zwischen den verhandelnden Parteien habe beides Einverständnis geblieben. Am heutigen Dienstag sollen die Verhandlungen mit den bürgerlichen Koalitionsparteien aufgenommen werden.

Das Gesetz zum Schutz der Republik.

Im Reichsrat ist das Gesetz zum Schutze der Republik, wie bereits gemeldet, mit großer Mehrheit angenommen worden. Es soll fünf Jahre lang in Geltung bleiben, während der Ausbruch nur eine Geltungsdauer von zwei Jahren beschränkt hatte. Gegen die zweijährige Frist wandte sich der sächsische Gesandte Dr. Gradnauer mit folgenden Ausführungen:
Die Reichsregierung habe in den Ausschüssen sehr triftige Gründe geltend gemacht für eine längere Geltung des Gesetzes. Die Absicht der Regierung gehe dahin, daß in weiten Kreisen des deutschen Volkes das einseitige Streben der gesetzgebenden Körperschaften und der Reichsregierung erkannt werden soll, auf lange Zeit hinaus den üblichen Umtrieben ein Ende zu bereiten, die zu der letzten schweren Kordat führten. Unter diesen Umständen habe der Reichsrat keine Veranlassung, den Willen der Reichsregierung abzumildern, und er beantrage daher, eine Frist von fünf Jahren zu beschließen.

Der Antrag, das Gesetz auf fünf Jahre zu beschränken.

Der Antrag, das Gesetz auf fünf Jahre zu beschränken, wurde mit 40 gegen 26 Stimmen angenommen.
Berlin, 4. Juli. In parlamentarischen Kreisen wird das Schicksal des Gesetzes zum Schutze der Republik als sehr zweifelhaft bezeichnet. Bisher ist man sich noch nicht darüber im klaren, wie man eine Zweidrittelmehrheit zustande bringen soll. Im Zentrum sind gewisse Mitglieder vorhanden, die sich gegen die anschließende Einkerbung des Gesetzes gegen rechts wenden. Wenn aber eine Einkerbung des Gesetzes auch gegen die Linksparteien erfolgen sollte, so wird angenommen, daß die Kommunisten, die man für die Zweidrittelmehrheit braucht, nicht für das Gesetz stimmen werden. Die bairische Regierung hat bisher erkennen lassen, daß sie nicht geneigt ist, das Gesetz anzunehmen, doch hängt ihre endgültige Entscheidung von dem Beschluß des Landesaussschusses der Bayerischen Volkspartei ab, der heute seine Tagung beginnt. Sollte das Gesetz im Reichstag scheitern, so wird mit Sicherheit mit der Auflösung des Reichstages und dem Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung gerechnet. (Pa.)

Aufhebung des deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes in Niederschlesien.

Breslau, 3. Juli. Auf Grund der Paragraphen 1 und 2 der Verordnung zum Schutze der Republik vom 21. Juni hat der Oberpräsident von Niederschlesien für den Bereich der Provinz den deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbund, sowie dessen Jugendgruppen, ferner die deutschvolkische Partei mit allen Untergruppen und den Hochschulen deutscher Art aufgelöst. Mit der Durchführung der Maßnahme sind die zuständigen Regierungspräsidenten beauftragt worden. Die Auflösung des Hochschulringes erfolgte auf Grund polizeilicher Ermittlungen, die ergeben, daß er zur Teilnahme an militärischen Geheimorganisationen aufzufordern hatte. Nähere Angaben werden der Öffentlichkeit unterbreitet werden, sobald dies ohne Beeinträchtigung der schwebenden Untersuchung geschehen kann. (S. Z. B.)

Die Parlamente drängen auf Sommerferien.

Nach wird aus Berlin berichtet: Die Kampfstimmung in den Berliner Parlamenten hat stark nachgelassen, die Abgeordneten haben Schnulst nach Ausspannung. Sämtliche Reichstags als preussischer Landtag werden bis zum 8. Juli ihre Arbeiten abschließen und sich bis Mitte September verlagern.

Eine Neuregelung des Brotartenwesens.

von August ab steht auf große Schwierigkeiten, der Gedanke, Brotarten nur noch in drei Sorten zusammen zu lassen, ist nicht durchführbar. Grund ist keine Einigung über den Begriff „unbemittelt“ zu erzielen; denn es würden umfangreiche Ermittlungen mit Hilfe der Finanzämter nötig sein und die Kommunen müßten dafür neue Kräfte einstellen. Es wird also beim alten System bleiben. Das Marienbrot wird sich im August allmählich auf 30 Mark für ein Vierpfundbrot stellen. Das System des Rechtes der Getreideauswahlwirtschaft soll im Laufe der nächsten Monate verbilligt werden, damit möglichst wenig Vermehrungskosten entstehen.

Der Streik der Hamburger Schiffsmaschinenisten.

Hamburg, 3. Juli. Der Streik der Schiffsmaschinenisten macht sich sehr fühlbar. Seit Sonntag nach 2 Uhr hat kein deutscher Dampfer mehr den Hafen verlassen. Die Hamburg-Amerika-Linie nicht durch Anschlag bekannt, daß der Verkehr nach den Seebädern infolge des Streiks eingestellt werden müsse. Der Turbinendampfer „Kaiser“, der gestern morgen mit Kohlenstein vollbeladet eine Reise nach den Seebädern antreten sollte, mußte die Fahrt aufgeben. (S. Z. B.)

Curhaven, 3. Juli. Der Salzfischschiffahrtstreik hat sich auch auf Curhaven ausgedehnt. Die Schlepper liegen still. Der Fischdampferverkehr blieb bisher vom Streik unberührt.

Meldungen über die Teuerung in Deutschland.

Paris, 4. Juli. Die Blätter erhalten Telegramme aus Berlin, daß in den nächsten Tagen zahlreiche Streiks und Unruhen infolge der auf das äußerste gestiegenen Teuerung zu erwarten seien.

Kapitalnot und Sparkraft.

Von Max Habermann,
Mitglied des N. B. V.

Viele Monate hat man im deutschen Volke geglaubt, die fortschreitende Inflation würde uns einen Ueberfluß an Geldkapital schaffen. Die Pläne der Banken und der Industrie-Unternehmungen kündeten von einer Geldflut, wie sie in einem anderen Lande der Welt nicht anzutreffen war. Die Geschäftsabläufe der großen Unternehmungen für das Jahr 1920 schätzten, in Papiermark berechnet, gewaltige Einnahmesummen aus, und für jeden wirtschaftlichen Plan schien jede gewünschte Summe verfügbar. Das Blatt hat sich gründlich gewandelt. Die großen Unternehmungen und die kleineren Geschäftsteile mühten erkennen, daß alle die großen Gewinne, die sie sich ausrechneten und die sie verzehrten, und die aus einer durch die Zahlungsverschiebung fehlerhaft gewordenen Bilanztechnik entstanden, nur Schein waren. Ströme von Geld sind dem produktiv arbeitenden Kapital entzogen worden und in Gehalt von zu niedrigen Warenpreisen ins Ausland geflossen. Jetzt steht sich auf dem Geldmarkt bedenkliche Knappheit bemerkbar und die Unternehmungen müssen erkennen, daß das Betriebskapital für ihre Aufgaben immer knapper wird.

Angesichts dieser immer drohender werdenden Kapitalnot der deutschen Wirtschaft wird die Gefahr einer völligen Ueberfremdung unseres Kapitalbesitzes in greifbare Nähe gerückt. Wir müssen darum alles daransetzen, alle irgendwie verfügbaren Ressourcen unserer Wirtschaft für die Kapitalbildung nutzbar zu machen. Die Gewinnquoten der wirtschaftlichen Unternehmungen reichen bei weitem nicht mehr aus, um sie der notwendigen Kapitalbildung nutzbar zu machen. Es müssen vielmehr Mittel und Wege gefunden werden, die Sparkraft der breiten Massen unseres Volkes für die Kapitalbildung einzusetzen. Wenn man nur annimmt, daß 3 Prozent des Jahresarbeitseinkommens unseres Volkes für die Kapitalbildung übrig bleibt werden können, sind das bei dem gegenwärtigen Stand der Löhne und Gehälter, gering gerechnet, 9 bis 10 Milliarden Mark jährlich. Wenn man sich auch an große Zahlen gewöhnt hat und eine Milliarde heute kaum als nennenswerter Faktor angesehen wird, so sind doch 10 Milliarden auch in unserer Volkswirtschaft eine gewaltige und dringende Aufgabe, diese Ressourcen unserer Volkswirtschaft durch die organisierte Sparkraft der breiten Massen zu erfassen. Die öffentlichen Sparkassen, die seit vielen Jahrzehnten diese Aufgabe besorgt haben und durch Hypothekendarlehen und Kommunaldarlehen der Wirtschaft eine tüchtige Stütze gegeben haben, scheinen in ihrer überlieferten Betriebsweise diesen Aufgaben nicht mehr genügen zu können. Bei fortschreitender Geldentwertung ist ja auch das Sparen in einer Sparkasse sicher mit Verlust verbunden. Wer im Jahre 1914 10 000 Mk. Sparkassenguthaben besaß, hat dann heute im günstigsten Falle so viel kaufen, wie 1914 für 300 Mk. Gläubiger von Waren, von Schwerten, von Tieren sind bei weitem nicht in dem Maße in ihrem Besitzstande geschädigt, wie die kleinen Sparer der Sparkassen und die Besitzer von Staatspapieren und Hypotheken. Es ist darum verständlich, daß das Sparen in den Sparkassen nicht mehr vollständig ist.

Es müssen also neue Wege gesucht werden, um die Sparkraft anzuregen. Der Deutsche nationale Handlungsgehilfenverband, die dem (christlich-nationalen) Deutschen Gewerkschaftsbunde angeschlossene Berufsorganisation der kaufmännischen Angestellten, hat jetzt unter seinen Mitgliedern eine mit Gewinnanteil ausgestattete Anleihe „Kapitalbau für deutsche Arbeit“ aufgelegt, die in wirtschaftlichen Unternehmungen angelegt werden soll, wo sie in weit vor Geldentwertung geschützt ist. Wie das in den gegenwärtigen unsicheren wirtschaftlichen Verhältnissen überhaupt möglich ist. Der Ertrag dieser Anlagen wird den Zeichnern des Kapitalbaus im Geiste von Zinsen und Gewinnanteilen angeführt. Nach dem Durchführungsvertrag der Unternehmungen, an denen der Verband bisher beteiligt ist, kann er schon heute mit Sicherheit den Zeichnern eine Verzinsung von 6 Prozent in Aussicht stellen.

Bei der Summe von wirtschaftlichen Erfahrungen, die in einem großen Verbände anzuwenden, dem Zusehen in leitenden Stellungen führender Unternehmungen tüchtige Mitarbeiter anzuschließen, ist es einer derartigen Organisation leicht möglich, sich vor verführerischen Anlagen zu schützen und höchste Ertragsmöglichkeiten herauszuholen. Wenn die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland diesen Weg weiter beschreitet, den der D. N. B. sehr vorbildlich befolgt, dann kann sie für die nationale Unabhängigkeit der deutschen Wirtschaft geradezu die entscheidende Tat vollbringen. Die christlich-nationalen Gewerkschaften haben durch ihre Beteiligung an der Deutschen Volksbank und der dadurch bewirkten Organisation der Sparkraft ihrer Mitglieder bewiesen, daß sie diese Aufgaben verstehen. Bei den sozialistischen Gewerkschaften dämmert die Erkenntnis bei besonders weitschauenden Führern auch seit langem. Vorläufig werden aber alle mannhaften Taten aus Angst vor den rechtstündigen Marxisten unterdrückt. Aber der Siegessang des hier gekennzeichneten Gedankens ist nicht anzuhören und die deutsche Arbeiterkassen wird begreifen lernen, daß sie am besten alles das überwinden, was sie „kapitalistische Anleihe“ nennt, wenn sie sich zum lebendigen Wirtsober eben dieser Wirtschaft macht.

Die Zuckervorräte.

(Druckmeldung aus der Berliner Geschäftszeitung)
Berlin, 4. Juli. Auf eine Anfrage ist seitens des Reichsministeriums für Ernährung mitgeteilt worden, daß nach dem jetzt vorliegenden Ergebnis der Anmeldebücher am 1. Mai 1922 im freien Verkehr rund 700 000 Doppelzentner Zucker vorhanden waren. Das ist etwas über die Hälfte der Vorräte, die bei gleichmäßiger Verteilung des Gesamtserbisses des laufenden Wirtschaftsjahres auf den Monat entfallen würde.